
BESCHLUSSVORLAGE

V/2014/1255

Beratungsfolge:

	<u>Termin</u>	<u>Entscheidung</u>	<u>Öffentl.</u>
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	30.01.2018	Vorberatung	Ö
Rat der Gemeinde Swisttal	06.02.2018	Entscheidung	Ö

Tagesordnungspunkt:



Erweiterung Rathaus in Swisttal-Ludendorf
- Darstellung der Untersuchungsergebnisse zum Ist-Zustand der
Raumsituation (Bedarfsanalyse)

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss nimmt die Ergebnisse aus der Präsentation des Fachbereichs Gemeindeentwicklung zum Untersuchungsergebnis des Ist-Zustandes (Bedarfsanalyse) der derzeitigen Raumsituation unter Berücksichtigung der aktuellen Anforderungen an ein modernes Dienstleistungsunternehmen einschließlich der Berücksichtigung der aktuellen Richtlinien der Arbeitsstättenverordnung sowie Datenschutzbestimmungen zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfiehlt dem Rat aufgrund der vorgestellten Ergebnisse aus der Bedarfsanalyse zur derzeitigen Raumsituation im Rathaus der Gemeinde den in der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 unter dem PSPI-Element „5.000.359 Erweiterung Rathaus Ludendorf“ beschlossenen Sperrvermerk aufzuheben. Die in der Haushaltssatzung eingeplanten Mittel werden für die Erarbeitung notwendiger Planungsentscheidungen und Erarbeitung von Planungsunterlagen freigegeben.“

Sachverhalt:

Zu den Beratungen zum Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 wurde durch den Fachbereich III – Gemeindeentwicklung unter dem PSPI-Element „5.000.359 Erweiterung Rathaus Ludendorf“ Haushaltsmittel in Höhe von 350.000,- € beantragt. Mit diesen Mitteln sollten die Planungsvorbereitungen zur derzeitigen Raumsituation im Rathaus in den Leistungsphasen 1 bis 3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) einschließlich Kostenschätzung vorbereitet werden.

Hintergrund für die beantragten Haushaltsmittel bildete die interne Aufarbeitung des derzeitigen Ist-Zustandes der Raumsituation im Rathaus auch unter Berücksichtigung der aktuellen Anforderungen an ein modernes Dienstleistungsunternehmen mit den Stichworten: Barrierefreiheit, Bürgerinformation, Bürgerkommunikation unter dem Aspekt Datenschutz und der Einhaltung der Arbeitsstättenverordnung. Dabei wurde festgestellt, dass es räumliche Gegebenheiten und gesetzliche Anforderungen gibt, die im Bereich der Serviceleistungen der einzelnen Fachbereiche für alle Bürger und die Mitarbeiter zu verbessern gilt. Eine Verbesserung kann nur durch die Bereitstellung zusätzlicher Räumlichkeiten und anders zu organisierende Strukturen, die einer baulichen Veränderung bedürfen, realisiert werden.

Bei den Beratungen zum Entwurf des Haushaltes in der Sitzung am 05.12.2017 wurde einstimmig beschlossen, den geplanten Haushaltsansatz mit einem entsprechenden Sperrvermerk in den Haushalt für das Jahr 2018 aufzunehmen. Durch die Verwaltung ist erst über eine Bedarfsanalyse darzustellen, was/wann in welcher Form beabsichtigt ist, bevor die Mittel für planerische Leistungen freigegeben werden.

In der Sitzung werden durch Fachbereich III – Gemeindeentwicklung die derzeitigen Untersuchungsergebnisse zum Ist-Zustand der Raumsituation (Bedarfsanalyse) sowie die Entscheidungsmatrix zum Rathausanbau vorgestellt.

Der Entwurf des Bedarfsanalyse zur Raumsituation im Rathaus wird zum Wochenende den Fraktionsvorsitzenden und Ausschussmitgliedern zugesandt.